



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Literatur.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Garnison in Rom ersetzen soll. „Das katholische Belgien,“ sagen sie, die Stimme des Landes verfälschend, „wird stolz darauf sein, diese bedeutende Rolle bei dem heiligen Vater zu übernehmen.“ Ich glaube die Gefühle des Landes vollkommen zu kennen, und kann versichern, daß die belgische Armee nicht im Geringsten stolz darauf sein würde, die französische Armee in ihrer Rolle der römischen Gendarmerie zu ersetzen. Das katholische Belgien achtet die Rechte der Völker und es ist zugleich ein Belgien, stolz auf seine Nationalität, besorgt um seine Unabhängigkeit, das ganz gut weiß, daß es seine Mittel und die Arme seiner Landeskinder selbst nöthig hat an dem Tage, wo das Kaiserthum seine letzte Maske fallen lassen wird.

## Literatur.

**Politik.** — Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, eine Nothwendigkeit in der jetzigen Krisis Europas. Von Gustav Diezel. Gotha, Scheube. — So oft man auch durch die Schriften des Verfassers, veranlaßt wird, sich über die Art und Weise, wie er persönliche Politik treibt, zu entrüsten, so wird man doch bis zu einem gewissen Grade immer wieder durch die Gutmüthigkeit und Ehrlichkeit seines Idealismus verfühnt. Psychologisch ist er eine ganz merkwürdige Erscheinung. In der festen Ueberzeugung, den verschiedenen Parteien gute Dinge zu sagen und ihnen Frieden und Veröhnung zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu predigen, überhäuft er sie plötzlich mit einer Reihe von Schimpfwörtern, auf die man gar nicht anders antworten könnte, als durch Schläge: Memmen, Schurken, Verräther, Blödsinnige &c. und zwar dehnt er diese Beziehungen auf eine Weise aus, daß schwer abzusehen ist, was eigentlich von Deutschland noch übrig bleiben soll. Wir haben aus seinen frühern Schriften mitgetheilt, wie er über die sogenannten Gothaer d. h. die bei weitem überwiegende Masse des deutschen Mittelstandes denkt. Dies Mal gehts über die Demokraten her, und er sagt über sie ungefähr das Nämlche, was wir häufig ausgesprochen haben, nur daß wir höflichere Formen anwenden zu müssen glaubten. Man sehe z. B. S. 136, wo er für die Wirksamkeit der Parteien durch moralische, nicht gewaltsame Mittel spricht. „Der Einwurf gegen die Wirksamkeit derselben hat wenig zu bedeuten, weil er meist von jenen Schreibern kommt, welche die Revolution fortwährend im Munde führen und großsprecherisch in Aussicht stellen, obwol sie selbst vor jedem Polizeidiener in Angst gerathen. Das Geschwäg von und die Hoffnung auf künftige Revolutionen in Deutschland ist so lächerlich und so demoralisirend zugleich, daß dies allein schon ein vaterländisches Verdienst ist, wenn sich eine Partei bildet, die diesen Abgeschmacktheiten mit der Kraft der Ueberzeugung entgegentritt. Es ist jetzt ungefähr wie im 16. Jahrhundert, wo auch die Reste der besiegten Wiedertäufer u. s. w. dem Gang der Dinge mit Groll und Unmuth zusahen und von neuen Revolutionen träumten, ohne daß sie es zu mehr als zu

kleinen nutzlosen Putzchen brachten. Den brauchbaren und tüchtigen Mitgliedern, namentlich der demokratischen Partei, muß Gelegenheit geboten werden, sich von der in derselben herrschenden Coterie des politischen Unverständes und der durch die Verbissenheit erzeugten partiellen Verrücktheit abzulösen und sich dem Allgemeinen wieder nützlich zu machen.“ — Ein ander Mal, S. 89, sagt er: „Die Demokraten, voll Verachtung gegen den Constitutionalismus als Doctrin und gegen die Constitutionellen als „Feiglinge“ — obwol ich nicht finden kann, daß die Führer der Demokratie in den Bewegungsjahren wesentlich mehr Muth gezeigt hätten, als die Constitutionellen, die sie in ihren Vereinen und Versammlungen zwar regelmäßig aufhetzten, aber, wenn man Miene machte, ihre Worte ernsthaft zu nehmen, ebenso regelmäßig wieder abwiegelten, was, beiläufig gesagt, eine durchaus demoralisirende Wirkung äußern mußte — nehmen eine Art historisches Recht in Anspruch, die nächste Bewegung, die natürlich wieder vom Westen kommen und mit der bekannten elementaren Gewalt den Deutschen die Freiheit ohne Kampf und Mühe in den Schoß schütten muß, in ihre Hände zu bekommen. Einen andern Fortschritt der Geschichte als vermitteltst pariser Revolutionen vermögen sie nicht zu denken, noch weniger verstehen sie ihre Thätigkeit für das Vaterland der jetzigen europäischen Combination anzupassen, denn ihr Princip ist in Wahrheit kein vaterländisches, nationales, sondern ein allgemeines abstractes, theoretisches und da es nur durch eine Revolution verwirklicht werden zu können scheint, so müssen sie vor allen Dingen die Revolution — erwarten . . . . Es ist klar, daß eine Partei, welche auf unberechenbare Ereignisse wartet, um dann eine Thätigkeit zu entfalten, eine Partei, welche in der Gegenwart zu wirken sich außer Stande sieht, in Wahrheit keine Partei ist und höchstens den Namen einer Sekte verdient etc.“

Von diesen Vorwürfen ist Folgendes wahr. Es gibt in Deutschland keine organisirte Partei mehr; eine demokratische Partei hat es eigentlich nie gegeben, denn der Begriff der Demokratie war nur ein Collectivbegriff, der alle Malcontenten umfaßte, die, um sich aus ihrer unbequemen Stimmung zu befreien, die äußersten Mittel nicht zu scheuen dachten. Die praktische Demokratie hörte auf, erst mit dem Einmarsch Wrangels in Berlin, dann mit der Auflösung des Stuttgarter Rumpfparlaments und die sogenannte gemäßigte Demokratie löste sich selbst auf, als sie beschloß, zu den preussischen Kammern nicht zu wählen. Ein solcher Entschluß hat nur dann einen Sinn, wenn man auf einem andern Wege die bestehenden Verhältnisse zu stürzen gedenkt; die gemäßigte Demokratie war aber entschlossen, diesen Weg nicht zu betreten. Was die constitutionelle Partei betrifft, wenn man nämlich von einer allgemein deutschen constitutionellen Partei sprechen will, so ging sie in Erfurt zu Grunde. Es gibt zwar noch constitutionelle Oppositionen in den einzelnen deutschen Staaten, allein diese haben sowol den innern nothwendigen Zusammenhang untereinander, als die innere nothwendige Beziehung zu den Classen, die sie vertreten, verloren. Deswegen sind sie keineswegs ohne politische Bedeutung, denn bei dem immer wachsenden Gelüst der specifisch ritterschaftlichen Partei bis zum Zeitalter der Karolinger zurückzukehren, können sie wenigstens einzelne zu arge Ueberschreitungen hindern, ja sie können sogar im Nothfalle die Regierungen, die schon deshalb, weil sie aus praktisch gebildeten

Staatsbeamten bestehen, nicht ganz mit jener ritterschaftlichen Partei zusammenfallen, gegen das Andringen jener Partei unterstützen. Nebenbei ist es immer zweckmäßig, daß es einen Ort gibt, wo man gegen die herrschende Partei ein freies Wort aussprechen darf, denn die Presse darf das nicht mehr.

Es gibt gegenwärtig in Deutschland nur eine organisirte Partei, das ist eben jene ritterschaftliche, oder wie man sie früher nannte, die Junkerpartei. Sie ist in diesem Augenblick siegreich und wird voraussichtlich in der nächsten Zeit noch größere Siege erfechten, vielleicht sogar nach der neuesten Wendung der auswärtigen Politik an einem Ort, wo man am wenigsten darauf rechnete, in Oestreich.

Eine neue Parteibildung, wie sie Herr Diezel vorschlägt, innerhalb der gesammten liberalen Partei, wäre also insofern ganz denkbar, als sie eine tabula rasa vorfindet. Die Reste der bisherigen Parteibildungen werden ihr kein Hinderniß in den Weg legen. Allein der Zeitpunkt dazu scheint uns höchst ungeeignet.

Erstens ist sie factisch unmöglich. Jeden Versuch, sich zu organisiren, würden die Regierungen sofort hintertreiben und kein Mensch in der Welt würde die Lust oder die Fähigkeit haben, sie darin zu hindern. Die rosenfarbenen Ideen, die Herr Diezel in Beziehung auf die Presse hegt, wird er bald aufgeben, wenn er sich nur einigermaßen herabläßt, auf die polizeilichen Bestimmungen des Augenblicks seine Aufmerksamkeit zu richten.

Sodann ist eine neue Parteibildung jetzt darum unthunlich, weil sie keinen bestimmten Inhalt und keine bestimmten Mittel für ihren Zweck aufstellen kann. Die Idee von der Einheit Deutschlands ist recht schön, allein wir betrachten als die wesentliche Errungenschaft des Jahres 1848 die Ueberzeugung, daß mit dieser abstracten Idee noch gar nichts gesagt ist, daß eine Partei erst dann daraus hervorgehen kann, wenn eine bestimmte Vorstellung von der Art und Weise, Deutschland zu einigen, festgestellt ist. Am wenigsten ist die blasirte Stimmung dieser Tage geeignet, eine Idee hervorzubringen, welche mit elektrischer Gewalt den Willen der Masse beherrscht. Wenn sämmtliche Regierungen Deutschlands heute, im Jahre des Heils 1855, dem Publicum erklärten: wir wollen die Hände in den Schoß legen, bringt ihr jetzt ein einiges Deutschland zu Stande, so würden kaum 14 Tage vergehen, bis alle Welt die alten Regierungen aufriefe, sich wieder einzumischen, um wenigstens den Hausfrieden zu erhalten. Es würden dann die sämmtlichen Ritter vom Geiß auftreten und wenn ihrer funfzehn zusammen wären, so würden sie dreißig verschiedene Ideen haben, auf welche Weise man etwa Deutschland einigen solle, und jeder von den funfzehn würde seine vierzehn Collegen hängen lassen.

Herr Diezel gibt auch wieder eine neue Idee zum Besten. Die neue Nationalpartei soll sich mit Ausschluß von Oestreich und Preußen in den kleinern deutschen Staaten bilden. Erst soll sie es durchsetzen, daß in diesen kleinen deutschen Staaten die „russischen“ Einflüsse beseitigt werden; — wie sie das machen soll, erfahren wir nicht, obgleich man doch schon aus den bisherigen Bundestagsverhandlungen entnehmen kann, daß in der orientalischen Frage die Cabinete der kleinen deutschen Staaten sich mehr auf Seite Rußlands neigten, als Oestreich, ja mehr noch als

Preußen. Wenn sie dies durchgesetzt, soll sie durch moralische Mittel Oestreich und Preußen unterwerfen.

Sind wir denn wirklich in die politischen Kinderjahre zurückversetzt? Wir haben die größte Achtung vor dem moralischen Einfluß, aber zuletzt muß immer doch die ultima ratio rerum eintreten. Die Radicales des Jahres 1848 speculirten auf die bewaffneten Volksmassen, auf die Turner &c., die Gothaer speculirten auf das preußische Militär, die Großdeutschen auf das österreichische. Alle drei haben sich verrechnet, aber es war doch ein gewisser Sinn und Verstand in ihren Rechnungen; aber wie Kleindeutschland es anfangen soll, sein angebliches moralisches Uebergewicht den beiden Großstaaten auch factisch fühlbar zu machen, das ist eine Aufgabe, mit der sich nur Kinder belustigen können. Die früheren kleindeutschen Republikaner rechneten wenigstens auf ihre Gesinnungsgenossen in Preußen und Oestreich, um ihnen zu Hilfe zu kommen; jetzt sind sie aber stolzer geworden und wollen die ganze preußische und österreichische Masse unterwerfen. Wohl bekomm' es ihnen!

Nebenbei ist es doch immer übel, wenn der alte süddeutsche Liberalismus, der einen so schmäblichen Bankrott gemacht hat, sich wieder breit machen will. Man hat die berliner Arroganz mit vollem Recht lächerlich gemacht, aber es ist in ihr doch immer noch mehr Sinn und Verstand, als in diesem kleinstädtischen Hochmuth, der die Verhältnisse der großen Politik nach seinem Kirchspiel abmißt. Wenn es noch einmal dazu kommen soll, daß Deutschland eine neue Verfassung erhält, so wird diese nicht in Frankfurt, sondern in Berlin, oder allenfalls in Wien gemacht werden. Der Instinct des Volks ist in dieser Beziehung auch viel richtiger entwickelt, als das Raisonnement seiner Vertreter. Vor 1847 lauschte alle Welt auf die Propheten in Karlsruhe und Stuttgart; jetzt sucht man in den Verfassungen der kleinen Staaten seine Privatverhältnisse so leidlich als möglich zu ordnen, die große Politik aber erwartet man lediglich von Berlin oder Wien, und das ist auch ganz in der Ordnung.

Wenn Herr Diezel es unmännlich nennt, ein unbestimmtes Ereigniß abzuwarten, so läßt sich dieser unmännliche Zustand zuweilen doch nicht vermeiden, denn durch allmäliges Hin- und Herreden entsteht niemals jene Leidenschaft, die allein große Umgestaltungen hervorbringt. Ein solches Ereigniß schien in der orientalischen Krisis einzutreten. Man suchte zuerst auf das preußische Cabinet zu wirken, einen Augenblick nicht ganz ohne Aussicht auf Erfolg, dann scharte man sich um die Fahne Oestreichs, um die Eifersucht Preußens zu erwecken und dieses auf mittelbarem Wege zu veranlassen, sich dem Westen gegen den Osten anzuschließen. Die Hoffnung ist fehlgeschlagen, das Bündniß mit dem Westen ist gelockert, vielleicht wird sogar die heilige Allianz wiederhergestellt. Es kann aber in dieser Sache nur durch die Regierungen Oestreichs oder Preußens gewirkt werden, denn auf eigne Faust Freicorps gegen Rußland zu werben, der Gedanke ist doch wol zu absurd, um ausführlicher besprochen zu werden. Wenn man also keine Mittel mehr hat, auf die Regierungen zu wirken, weder durch die Kammern, noch durch die Presse, noch durch einzelne Persönlichkeiten, so bleibt eben nichts übrig, als abzuwarten, was da kommen wird, und vorläufig nichts zu thun. Nur auf eins sollte man seine Aufmerksamkeit richten, daß nämlich nicht auch noch das Publicum durch falsche Begriffe verwirrt wird. Die herrschende Partei ist im gegenwärtigen Augenblick

von der Verwerflichkeit des parlamentarischen Systems und von der Nichtsnutzigkeit des englischen Staats überzeugt; es ist also im höchsten Grade verwerflich, daß durch blafste Sophisten diese Idee auch dem Volke eingeflößt wird. Der bekannte londoner Correspondent der Nationalzeitung hat darin schon viel Schaden ange richtet, aber er hatte doch wenigstens ein wirkliches politisches Princip, eine reiche Erfahrung, und man konnte nur bedauern, daß er in der Art seiner Angriffe nicht vorsichtiger war, daß er nicht bedachte, er schreibe für ein deutsches Publicum, nicht für ein englisches. Neuerdings spukt aber ein Correspondent aus London durch alle möglichen deutschen Blätter, bei dem diese Entschuldigung nicht stattfindet, der weiter nichts thut, als auf eine pöbelhafte Weise zu schimpfen. Am häufigsten be gegnen wir ihm in der Deutschen Allgemeinen Zeitung und im Magazin der Literatur des Auslandes. Wie wir hören, ist es Bettziech Beta, ein früherer berliner Feuille tonist. Wir nennen den Namen absichtlich, da es doch sehr zweckmäßig wäre, wenn das Publicum einmal erfährt, wer ihm eigentlich diese politische Weisheit mittheilt. Wie übrigens ein liberales Blatt, welches in dieser Frage auf der Seite der West mächte gegen Rußland steht, fortwährend Correspondenzen aufnehmen kann, die ganz und gar in die Kreuzzeitung gehören, das würde uns in Verwunderung setzen, wenn wir in dieser Beziehung nicht längst alle Verwunderung verlernt hätten. — Nach dieser Abschweifung kommen wir auf Herrn Diezel zurück.

Die große Politik und namentlich die auswärtige scheint uns zu einer neuen Parteibildung keine Veranlassung zu geben, weil Parteien nur durch die Möglich keit einer unmittelbaren praktischen Betheiligung entstehen. Darum können wir auch in das Triumphgeschrei der Presse über den Antrag einer deutschen Kammer auf Bundesreform nicht einstimmen. Wenn heute eine Bundesreform möglich wäre, so würden wir noch ganze Generationen hindurch daran zu leiden haben. Dagegen wird, ohne daß wir etwas künstlich dazu thun, durch die natürliche Opposition gegen die einzige bestehende Partei, die ritterschaftliche, sich allmählig eine neue bilden, die wir in dem Sinn eine demokratische nennen möchten, wie der Herr Ministerpräsident Baron von Manteuffel diesen Ausdruck erklärt hat. Bisher war in den deutschen Staaten die Verwaltung bürgerlich-bureaufkratisch, wenn auch die höchsten Stellen meist von Adelligen besetzt waren; jetzt erhebt sich aber eine Partei mit dem offen ausgesprochenen Bestreben, den Staat für den Adel und durch den Adel zu ver walten. Dies Bestreben zu hintertreiben, wird sich das gesammte Bürgerthum mit dem gefunden Theil des Adels und mit dem größern Theil der Bureaukratie ver binden. Da man in sämmtlichen deutschen Staaten mit demselben Gegner zu thun haben wird, so wird man auch gemeinsam zu wirken suchen, und daraus wird ganz von selbst, ohne alle Aufregung und Agitation, allmählig durch ganz Deutschland eine organisirte Partei entstehen, die als solche vielleicht auch einen nationalen Inhalt gewinnt.

### Correspondenzen.

Aus Konstantinopel, 16. Juli. — Wenn man an der Richtigkeit eines eingeschlagenen Weges irre geworden ist, an dem endlichen Erfolg eines Planes zu